

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 12 (1992)

Heft: 24

Artikel: Deutschland wird wieder deutscher

Autor: Claussen, Detlev

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652422>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Detlev Claussen

Deutschland wird wieder deutscher

"Die Einheit vollzieht sich immer mit Gewalt..."
E. Renan 1882

Die einen wollen es schon immer gewusst haben, die anderen wollen es so nicht gewollt haben. Die politischen Kommentatoren begleiten die pogromistischen Exzesse in Rostock mit abgestandenen Formeln, weil sie die politische Systemkrise der triumphalen demokratischen Marktwirtschaft nicht wahrhaben wollen. Über dem Zusammenbruch des Realsozialismus wurde schlichtweg vergessen, dass schon 1989 in den westdeutschen Grossstädten rechtsradikaler Wählerprotest und militanter Aktivismus gegen Ausländer spürbar zugenommen hatten. Schon damals versuchte die liberal-christliche Regierungskoalition das Problem auf den Asylparagrafen zu verschieben, der es einfach zu vielen Ausländern erlaube, sich in Deutschland niederzulassen. Mit der deutschen Vereinigung, die vor allem im Westen niemand erwartet hatte, wurde auf einmal ein "Wir-sind-wieder-wer"-Gefühl allgemeiner Usus, der ein rechtes Paradigma, das der ethnischen Homogenität, über Nacht als herrschende Norm etablierte. Diese Norm gaukelt der Mehrheit eine Illusion vor, die allen Minderheiten zum Alptraum zu werden droht: Deutschland wird wieder deutscher. Aber das liegt weder an einem unverbesserlichen Volkscharakter noch an einem unaufhaltsamen Zwang der Verhältnisse. An diesem reaktionären Umschwung ist kräftig gearbeitet worden.

Im Westen wie im Osten Deutschlands, aber auch ausserhalb der Bundesrepublik hat sich sehr schnell das Wort "Wiedervereinigung" durchgesetzt, um den Prozess der Auflösung der DDR in die BRD zu bezeichnen. Ökonomisch wie politisch liegt die DDR wie ein unverdauter Brocken im Magen der BRD. Die DDR hat ein tiefes Bedürfnis nach Nostalgie hinterlassen - trotz aller Dementis. Nicht das Elend des Realsozialismus, sondern die Furcht vorm Überwältigtwerden bestimmt das Gedächtnis. Diese Furcht lähmt, und der Zusammenbruch des realsozialistischen Systems hat kein Stück Selbstbewusstsein hinterlassen, an das sich anknüpfen liesse. Auch der Westen will nichts Neues, obwohl sich die Realität dramatisch verändert hat. Allzu oft ist vom gewonnenen Kalten Krieg die Rede, als ob es eine kluge Strategie gegeben hätte, nach der das realsozialistische System besiegt worden wäre. Weder die durchsichtige Schmeichelei von 1989, den Zusammenbruch als "friedliche Revolution" zu verkaufen, noch die grossen Worte vom Sieg der Demokratie und der Zivilgesellschaft kön-

nen darüber hinwegtäuschen, dass die Gesellschaften sowjetischen Typs an ihren inneren Widersprüchen zugrunde gegangen sind.

In seinem vielbeachteten Essay "Volk ohne Zeit" hat Lothar Baier schon 1990 befürchtet, dass mit der Einführung der DM auch die "bundesdeutsche Geschichtsdeutung" zur geltenden Münze werde. Doch auch auf diesem Gebiet hat sich etwas entwickelt, was es vorher so nicht gegeben hat. Mit der "Wiedervereinigung" ist auch die "Bewältigung der Vergangenheit" wiedergekehrt, die schon als Wort die Gewalt kaum verleugnen kann, die dem Gegenstand angetan werden soll. Kaum kann man sich schützen vor wohlfeilen Lehren aus der Geschichte, die von einem Haufen freiwilliger Lehrer der Geschichte in aller Öffentlichkeit erteilt werden. Allerdings müsste man die These vom Volk ohne Zeit spezifizieren oder gar erweitern. Während sich in der Bevölkerung das Gefühl verbreitete, keine Zeit verpassen zu dürfen, stehen die Eliten tatsächlich unter Zeitdruck, den die Massenmedienarbeiter an das Publikum weitergeben. Nach dem Verschwinden des politisch-militärischen Feindes aus dem Osten lässt sich jetzt unerschrocken zur Warnung aller Westler die subalterne Mentalität seiner ehemaligen Schützlinge geisseln. Doch wie jeder Feind hat auch er seine Kollaboratoren, die bisher noch unentdeckt geblieben sind.

Seit die Angst vor der militärischen Bedrohung verschwunden ist, wird das Realitätsprinzip attackiert, dem man einst selbst Respekt gezollt hat. Dieser eigene Anteil erklärt auch die Wut, mit der auf den besieгten Feind von einst eingedroschen wird. Mächtig kann dieser kläglich zusammengebrochene Gegner nur dann gewesen sein, wenn er viele heimliche Helfer besessen hat - nicht nur dort im Osten, sondern auch hier im Westen. Die Stasi-Krake besitzt die Funktion, das paradoxe Geheimnis eines Allmächtigen, der sich als zu schwach erwies, annäherungsweise erklären zu können. Nach seinem Tod besitzt der DDR-Spitzelapparat immer noch die Macht, die Atmosphäre allgemeiner Verdächtigung, von der er lebte, aufrechtzuerhalten. Diese postmortale Kraft wird der Stasi von den Massenmedien verliehen, die das Halbdunkel der Verdächtigungen brauchen, um Skandale zu erzeugen. Auch heute kommt es in Deutschland weniger darauf an, was einer tut oder getan hat, als auf seine Gesinnung. Jeder, der eine Geschichte hat, steht potentiell unter Verdacht. Seine Chance, vom gerade herrschenden Konformismus abgeurteilt zu werden, wachsen mit jedem massenmedial eingeleiteten Paradigmenwechsel. In der Öffentlichkeit können ungeschoren nur die überleben, die es schaffen, zu den ersten zu gehören, die "Haltet den Dieb!" rufen und der Meute eine neue Fährte geben.

Dieses Spiel begünstigt die Jugend. Doch es gibt genügend alte Hasen, die sich junge Wölfe engagieren und ihnen die Richtung angeben. Seit dem Fall der Mauer lässt sich in Deutschland eine neue, durch publizistische Macht geschützte Aggressivität beobachten, die alles, was in Deutschland Zweifel am kollektiven Narzissmus aufkommen lässt, attackiert. Mit der "Wiedervereinigung" kehrte auch das "Volk" wieder - oder auch umgekehrt. Egal, ob rechts, Mitte oder links, ein Neues war 1989 überhaupt

nicht vorgesehen. Egal, ob man Fest oder Augstein, Pleitgen oder anderen Meinungsmachern zuhörte, ein nationales Coming out beseelte sie alle. Das musste auch eine Umdeutung der Vergangenheit zur logischen Folge haben. Diese Umarbeitung der jüngeren Geschichte begann im Westen schon vor 1989. Das unselige Shakehands in Bitburg und die missratene Gedenkstunde zum 50. Jahrestag der "Reichskristallnacht" 1988 können als Meilensteine einer versuchten Neuinterpretation der deutschen Geschichte gelten. Zuerst erwachte die Geschichte im Feuilleton, dem es obliegt, für die kulturelle Umsetzung des politischen Geländegewinnes zu sorgen.

Schon vor der vermeintlichen Revolution hatte man im "Historikerstreit" den Versuch unternommen, die nationale Kontinuität wiederherzustellen. Der Geschichtswissenschaft ist jetzt wieder ein Platz als Legitimationswissenschaft eingeräumt und seit 1990 bieten sich auch historische Räume in Hülle und Fülle, die jede postmoderne Schnickschnackarchitektur für Museumskulturen überflüssig machen. Exemplarisch wurde von den vereinigten Feuilletons mit einer Delegitimierung der Intellektuellen begonnen. Zuerst wurden nur die Heym, Hein und Wolf angegriffen, die man mit Egon Krenz unter einem Aufruf erwischte, aber sehr schnell richteten sich die Attacken gegen Symbole der BRD-Kultur wie Grass, Gaus und Jens, die für die neue nationale Welle nicht verwendungsfähig waren. Bei den jungen Literatur-Wölfen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung las man im Klartext, es gehe nicht gegen den einen oder anderen, sondern gegen die ganze, von der Gruppe 47 geprägte Nachkriegskultur. Das Dilemma dieser neuen Kritik besteht in dem Widerspruch, gegen Gesinnungsästhetik aufzutreten und sie in gleichem Atemzug zu praktizieren. Der ausgerufene Literaturstreit, an dem auch ZEIT und SPIEGEL partizipieren, bedient sich der Mittel des Verdachts, um den Gegner in die Nähe der Kollaboration mit einem total delegitimierten System zu rücken.

Die meisten Auseinandersetzungen in der literarischen Öffentlichkeit erweisen sich sachlich als Scheingefechte, die einen realen Machtkampf um Auflagenziffern und Sendeplätze nur schlecht verdecken. Das galt schon im "Historikerstreit", als im Hintergrund öffentliche Gelder für Forschungen, Ausstellungen und Museen winkten, die den ungeheuren bundesrepublikanischen Legitimationsbedarf decken sollten. Nicht nur die politische Klasse der Bundesrepublik, sondern auch ihre redenden und schreibenden Begleiter reagieren phantasielos auf die neue geschichtliche Situation. Hier gibt es keine systemkonformen Intellektuellen, die schnell ein Ende der Geschichte proklamieren können. So richtet sich die Aggressivität gegen die Opinion-Leaders von gestern, deren Gewissheiten sich als offensichtlich überholt herausgestellt haben. Deutschland ist das einzige entwickelte kapitalistische Land, das in seinem Innern mit dem Zusammenbruch des realsozialistischen Systems fertigwerden muss. Eine abwartende Haltung, die EG und USA beim Zerfall von Jugoslawien und der GUS bevorzugt haben, ist in Deutschland mit heftigem Aktivismus konterkariert worden. Die angeblichen Sieger des Kalten Krieges handeln total konzeptionslos

und beschimpfen hinter vorgehaltener Hand die Partner, nur ihr Spezialinteresse zu verfolgen.

In Deutschland lässt sich exemplarisch ablesen, dass der Ost-West-Konflikt dazu verführt hat, den Sozialismus als eine fremde, östliche Angelegenheit zu betrachten, die im Westen einige fellow travellers gefunden hat, die nachträglich noch einmal entlarvt werden müssen. Kulturelle Aktivität verkommt dazu, die Alternativlosigkeit des Status quo zu verkünden und der abweichende Gedanke wird verdächtigt, Sympathie für das untergegangene Spitzelsystem zu hegen. Der generelle Stasi-Verdacht setzt die östliche Bevölkerung unter einen absurdem Legitimationsdruck, denn "auch entlastende Akten können lügen" (Spiegel). Bisher ist die Vereinigung beider deutscher Gesellschaften eine beeindruckende Machtübernahme des Westens im Osten gewesen. Das "Volk" gab es nur noch als Sprechblase, das dieses unfriendly takeover legitimiert hat.

In Rostock-Lichtenhagen hat das von den Medien angebetete "Volk der Wiedervereinigung", dem man nicht zu widersprechen wagte, solange es treu den eigenen Interessen diente, zurückgeschlagen. Ohne die Grundstimmung *konformistischer Rebellion* lässt sich weder das kontinuierliche Anwachsen rechtsradikalen Wählerpotentials in ganz Deutschland noch der besondere Wert des xenophoben Agitationsmusters im neuen Deutschland erkennen. Die Skins und Faschos versuchen schon seit Jahren, auf der fremdenfeindlichen Woge zu surfen, aber erst die katastrophale Taktik der politischen Autorität hat es ermöglicht, dass aus den rechten Funken ein Steppenbrand entstand.

Die christdemokratische Führung, die ihre Macht seit Mitte der 80er Jahre durch Auszehrung von rechts bedroht sieht, hat realitätsverleugnend geglaubt, sie könne den Tiger Xenophobie reiten. Zukunftsängste der Westbevölkerung, die sich mit den völlig überspitzten Erwartungen der Ostbevölkerung vermischt, lassen sich aber nicht in einem politisch fintenreichen Spiel einfangen, das der linksalternativen Opposition den Part einer nur noch mit öffentlicher Verachtung gestraften, hoffnungslosen antifaschistischen und kosmopolitischen Prinzipientreue zuweisen soll. Das linke politische Spektrum hielt viel zu lange die "Republikaner" für ein Phänomen, das nur den Christdemokraten schade, ohne zu sehen, dass hier ein sozial scheinlegitimer Stimmungsumschwung sich anbahnte. Populistische Muster, die auch rot-grün seit längerem pflegen, hatten ihn vorbereitet.

Die parlamentarische Opposition wirkt in der Tat wie paralysiert. Ein politisch-populistischer Zauberlehrlingseffekt ist eingetreten. Die Regierung möchte vor allem beweisen, dass die Verweigerung der Opposition, den Asylparagraphen der Verfassung zu ändern, an allem schuld sei. Indirekt gibt man damit der rechtsradikalen Argumentation recht, dass die unkontrollierte Einwanderung von Ausländern an Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Perspektivlosigkeit schuld sei. Für die meisten Menschen ist es tatsächlich undurchschaubar, warum sie nicht Herren ihrer eigenen Lebensbedingungen sind, sondern sich mitten in Europa vor Bürgerkrieg und

sozialstaatlichem Wohlfahrtselend fürchten müssen. Die geschichtsträchtigen Tage von 1989 haben kein emanzipatorisches Selbstgefühl der Bevölkerung erzeugt, sondern sie in ihrer alten Ahnung bestätigt, dass die gesellschaftliche Zukunft von anonymen Mächten bestimmt wird. Die Feuer von Rostock manifestieren eine dumpfe Übereinstimmung zwischen Herrschenden und Beherrschten in dem Glauben, dass sich diese Welt nicht zum Besseren verändern lässt.

An dem furchtbaren Rostocker Spektakel und seinen unzähligen Nachahmungen trägt die deutsche Öffentlichkeit ein gehöriges Stück Mitverantwortung. Die Asylbewerber sind als Manipulationsobjekt missbraucht worden. Die Schutzlosigkeit der Vietnamesen im brennenden Sonnenblumenhaus steht als Menetekel über der populistisch ausgenutzten Wiedervereinigungspolitik, die eine "Deutschland zuerst"-Mentalität erzeugt hat. Der Rückzug der Polizei vom Objekt, der in den alten Bundesländern schon aus materiellen Gründen undenkbar gewesen wäre, hat einen rapiden politischen Autoritätsverlust zur Folge, der rechtsradikalen Szeneaktivisten eine Avantgarderolle bei der Verteidigung von Recht und Ordnung zusisst. Das öffentliche Rationalisieren der Gewalt als eine geradezu verständliche Reaktion auf das Anwachsen der Asylantenzahlen verdreht die realen Verhältnisse und ermuntert den militärischen Aktivismus gegen Asylantenheime. In Deutschland hat man wieder mehr Angst, anders zu sein.

Es geht inzwischen ums Eingemachte: Eigentum, Sicherheit und Ordnung. Die Staatsmacht reagiert milde auf die schlimmsten Provokationen des Rechtsstaates, die flächendeckend das neue Deutschland heimsuchen. Da staunt der Osten und der Westen wundert sich. Die Krawalle von Rostock-Lichtenhagen haben nicht nur ein abgefackeltes Sonnenblumenhaus, sondern auch ein politisches Schlachtfeld hinterlassen. Noch heute fliegen einem täglich Argumentationsbrocken um die Ohren, die hehre Worte wie das von der gewachsenen politischen Kultur zum blossen Gerücht machen. Noch aus der alten Bundesrepublik stammt die Technik, vor unliebsamen Folgen zu warnen, statt das Übel zu nennen: Was wird das Ausland dazu sagen? Man kann das nur als Aufforderung zur Vertuschung bezeichnen. In dieser falschen Frage hallt noch die Ahnung nach, dass für Deutschland die Befreiung vom Nationalsozialismus von aussen kam.

Attackiert worden ist die Autorität des Staates, die sich aus der Glaubwürdigkeit der demokratischen Parteien, der Seriosität von Regierung und Opposition, der Korrektheit der Verwaltung wie der Transparenz schaffenden Wirkungsweise der Öffentlichkeit zusammensetzt. Der Staat aber hat sich in dieser Krise auch selbst beschädigt. Ohne die Lebenslüge des neuen Deutschland, genannt "Wiedervereinigung", lässt sich die verhängnisvolle Reaktion von Politik und Medien auf diese Provokation nicht erklären. Die alte Bundesrepublik schleppete das "Wiedervereinigungsgebot" vierzig Jahre lang wie einen verschlissenen Allwettermantel mit sich herum. Im Winter 1989 erkannte die Mehrheit der DDR-Bevölkerung in dieser Hülle die Legitimation, ihren Anspruch auf westliches Lebensniveau einzuklagen.

Allen voran der Bundeskanzler Kohl, ein genialer Wahlkämpfer, sah seine Chance, den drohenden Machtverlust in der alten BRD mit Hilfe eines Stimmungsumschwungs aus dem Osten abzuwenden. An "Wiedervereinigung" hatte seit zwanzig Jahren im Westen kein verantwortlicher politischer Kopf mehr gedacht. Sonst hätte man auch mehr über die inneren Verhältnisse der sozialistischen Länder gewusst. Mit dem Osten gab es nur fragwürdige Kreditgeschäfte, das zweifelhafteste wurde 1990 eingefädelt: DM gegen Souveränitätsverzicht.

In den gemeinen Aktionen gegen die schlecht beschützten Asylanten reagieren die meisten ihre Wut über ihre eigene Dummheit ab, sich selbst zum Objekt des politischen Machtspiels gemacht zu haben und dabei Opfer der eigenen Taktik geworden zu sein. Das entschuldigt die Barbarei, Molotowcocktails auf Wehrlose zu werfen, keineswegs. Die Applaudierenden von Rostock und ihre westlichen Sympathisanten wissen, was sie tun. Gutgemeinte Vorschläge wie die, die Ossis müssten erst lernen, mit Ausländern zusammenzuleben, gehen an der Realität vorbei. Die Menschen wollen nicht, weil sie nicht wissen, wie sie sich anders an der Politik rächen können, von der sie sich etwas Falsches versprochen haben. Frau Dr. Renate Köcher analysierte in der FAZ vom 9.9.92 die Stimmung genau und sprach kapitalistischen Klartext: "Auf die Härten, den Preis der Freiheit, hat die ostdeutsche Bevölkerung niemand vorbereitet."

Ohne den sentimental Schmus vom glücklichsten Volk der Welt, dem man die gezuckerte Sektlaune anmerkt, bedeutete Ostdeutschland für den Westen einen unverhofften Immobiliengewinn und eine Herausforderung an die nationale Politik. Im Gefüge des Wertesystems knackte es merklich. Während sich in der westlichen Nachkriegsgeschichte das Verhältnis von Demokratie und Einheit zugunsten der Demokratie verschoben hatte, folgte nun die von allen konservativen Geistern erhoffte Rolle rückwärts. In Leitartikeln und Feuilletons des Westens wurde die *Renationalisierung* Deutschlands als ersehnte Rückkehr in den Naturzustand gefeiert, ohne sehen zu wollen, dass in Deutschland östliche und westliche Neonationalismuswelle zusammenstossen.

Der östliche Nationalismus resultiert aus dem Zusammenbruch des realsozialistischen Gesellschaftssystems, das unter der Vorherrschaft des Sowjetchauvinismus das jeweils nationale Territorialvolk privilegierte. Auf eine zweideutige Weise buhlten die kommunistischen Parteien immer um die nationalen Gefühle der von ihnen beherrschten Völker und versuchten, sie "antiimperialistisch" zu kanalieren. Übriggeblieben ist nach dem Sturz der Parteidiktaturen eine *nationalreligiöse* Selbstidentifikation, die alles Fremde als hinderlich auf dem Weg zum sozialökonomischen Paradies empfindet. Der moralisch antitotalitäre Demokratismus der Dissidentengruppen konnte nie wirklich Fuss fassen. Die Menschen fühlen sich gegenüber jeder Politik im Recht, die nicht ihre unmittelbaren Interessen vertritt. 1989 hat die westdeutsche Regierungspolitik diese östliche Stimmung für die eigene Machterhaltung genutzt, während die ostdeutsche Mehrheit

geglaubt hatte, sie könnte die westliche Politik in die Pflicht nehmen. An den Asylanten rächen sich die Frustrierten jetzt für ihre eigene Fehlkalkulation.

Durch die mehrfachen Systemwechsel in diesem Jahrhundert sind die Durchschnittseuropäer viel gewitzter geworden, als die meisten politischen Kommentatoren es sich träumen lassen. Was im Westen als rätselhafter Osten erscheint, zeigt nur die Routine im Umgang mit neuen Ideologien. Wer eben noch einen Vopo als "Rote Sau" beschimpft hat, kann heute schon einen Bundesgrenzschützer ohne Zungenverrenkung als "Nazischwein" titulieren. Die Menschen glauben viel weniger an die Werte der jeweiligen politischen Ideologie, sondern benutzen die Stichwörter der herrschenden Politik, um ihre Vorteile zu sichern oder die neuen Herrscher zu verunsichern. Was im Westen als "friedliche Revolution" für Demokratie und Freiheit gefeiert worden ist, entpuppt sich nach dem Einsturz des Kommunismus als national artikulierter Anspruch auf Entlassung aus dem östlichen Elend. Emigranten aus dem Osten, vor allem auffällige Sinti- und Romagruppen, versinnbildlichen den sozialen Absturz Osteuropas und stellen das nationale Privileg in Frage.

Die westdeutsche Politik empfängt jetzt die Quittung für ihre Zweideutigkeit, aber sie ist nicht bereit, das Steuer herumzuwerfen. Das demokratische Selbstverständnis ist vom populistischen Erfolgsdenken angefressen. Das Asylrecht, diese Institution gewordene Konsequenz der deutschen Geschichte, wird auf dem Altar des Volkszorns geopfert. Die Volksparteien halten es für eine raffinierte mediendemokratische Politik, die Ambivalenz von Stimmungen wahlpolitisch geschickt auszunutzen, um anschliessend machen zu können, was man will. Die Le Pen-artigen neurechten Wahlparteien wie die fremdenfeindlichen Hooligans, die sich eines Massenbeifalls gewiss sind, durchkreuzen die etablierte Taktik und können auf die Schadenfreude aller Zukurzgekommenen rechnen. Weder im Westen noch im Osten ist die Mehrheit rechtsradikal, aber sie ist ressentimentgeladen. Auf eine erschreckende Weise sind viele Menschen bereit, als Barbaren sich aufzuführen, wenn sie sich legitimiert dazu fühlen. Die einen machen mit dem Wahlzettel die Städte unregierbar, die anderen mit dem Molotow-Cocktail das Land unbewohnbar.

Vierzehn Menschen sind 1992 durch Terror rechtsradikaler Schläger und Mordanschläge inzwischen umgekommen. Im Unterschied zur Bonner Grossdemonstration am 15. November ("Grundrechte verteidigen – Flüchtlinge schützen – Rassismus bekämpfen!"), an der gegen 150'000 Menschen teilnahmen, drohte der in Berlin am 8. November von 300'000 Menschen demonstrierte Grundkonsens gegen Ausländerfeindlichkeit ("Die Würde des Menschen ist unantastbar") nach einer unpolitischen Störaktion von 300 autonomen Szenenaktivisten wieder einmal in einem Lamento über die Gewalt unterzugehen.